

Thema des Monats

Neugründungen in 2007 stark rückläufig

(brb).-Im Baugewerbe ist der Anteil derer, die sich aufgrund von Arbeitslosigkeit selbständig machen deutlich höher als in anderen Wirtschaftszweigen. Somit ist es nicht verwunderlich, dass in konjunkturell besseren Zeiten die Zahl der Neugründungen im Baugewerbe rückläufig ist. Die seit 2005 wieder anziehende Baukonjunktur und die damit einhergehende leichte Belegung auf dem Arbeitsmarkt führten zu einem Rückgang der Neugründungen im Baugewerbe im 1. Halbjahr 2007.

Insgesamt lag die Zahl der Neugründungen um 5 Prozent unter dem Niveau des vergleichbaren Vorjahreszeitraums. Diese Entwicklung ist allerdings überwiegend auf die Betriebsgründungen zurückzuführen, die um 17 Prozent unter dem Niveau des 1. Halbjahres lagen. Demgegenüber ist die Zahl der sonstigen Neugründungen nur leicht um 0,8 Prozent gesunken, allerdings am aktuellen Rand mit stark rückläufiger Tendenz. Trotzdem entfallen immer noch 78 Prozent der Neugründungen auf Kleinst- und Nebenerwerbstätigkeit. Diese so genannten „Soloselbständigen“ schaffen mehrheitlich, außer ihrem eigenen Arbeitsplatz, keine weiteren Arbeitsplätze.

Der Neugründungsboom im deutschen Baugewerbe, der 2003 einsetzte, scheint damit beendet zu sein. Der Boom war überwiegend auf die Einführung der Ich-AGs zurückzuführen. Die Zahl der sonstigen Neugründungen (in denen die Ich-AGs enthalten sind) ist von ehemals 25.000 in 2002 auf 61.500 im letzten Jahr angestiegen. Demgegenüber ist die Zahl der Betriebsgründungen zurückgegangen und lag 2006 nur bei 19.800.

Im letzten Jahr wurden die Förderungsmodalitäten geändert. Ab August 2006 wurde der „Existenzgründerzuschuss“ (zur Gründung einer Ich-AG) und das „Überbrückungsgeld“ zu einem einheitlichen „Gründungszuschuss“ zusammengefasst und durch ein neues Instrument ersetzt. Viele Neugründer wollten noch die Gründungszuschüsse nach der alten Regelung in Anspruch nehmen: Die Zahl der sonstigen Neugründungen ist 2006 um 6,7 Prozent gestiegen. Die Zahl der Betriebsgründungen lag hingegen um 10,3 Prozent unter dem Vorjahresergebnis. Insgesamt verzeichnet das Baugewerbe im letzten Jahr 81.300 Neugründungen, 2 Prozent mehr als 2005.

Den stärksten Anstieg an Neugründungen im Baugewerbe verzeichnen die Stadtstaaten. Bremen weist ein Plus von 33,1 Prozent aus, in Hamburg wurden 14,9 Prozent mehr Neugründungen gemeldet und in Berlin 8,8 Prozent. Rückgänge melden überwiegend die ostdeutschen Bundesländer. Lediglich Thüringen verzeichnet einen Anstieg bei den Neugründungen. Insgesamt lag die Zahl der Neugründungen im ostdeutschen Baugewerbe bei 22.045 und lag damit um 1,5 Prozent unter dem Vorjahresniveau. In Westdeutschland wurden 59.254 Bauunternehmen neu gegründet, 3,4 Prozent mehr als im Vorjahr.

NRW: Investitionsschub von 1,9 Mrd. Euro durch Krankenhausbaupauschale erwartet

(brb).-Als erstes Bundesland stellt Nordrhein-Westfalen die Investitionsförderung für den Krankenhausbau auf eine Baupauschale um und vollzieht damit einen Systemwechsel. Künftig werden alle 413 nordrhein-westfälischen Krankenhäuser – und nicht nur maximal 50 wie bisher – Geld für große Investitionen erhalten. Die Pauschale soll jährlich bei insgesamt 190 Millionen Euro liegen. Bisher umfasste der Haushaltstitel für Krankenhausinvestitionen 170 Millionen Euro.

Die Bemessung der Höhe der Pauschale für das einzelne Krankenhaus erfolgt anhand der Zahl und der Schwere der erbrachten

Krankenhausleistungen. Die Krankenhäuser können frei entscheiden was, wann und wie sie investieren wollen. Die Baupauschale kann auch für die Tilgung von Krediten eingesetzt werden. Gleichzeitig wird die Möglichkeit geschaffen, eine teilweise Deckungsfähigkeit mit der Pauschale für kurzfristige Anlagegüter, die insgesamt 300 Millionen Euro pro Jahr beträgt, herzustellen.

So können die Krankenhäuser flexibel und eigenverantwortlich entsprechend ihren Bedürfnissen Investitionen vornehmen und z.B. selbst entscheiden, ob sie Ersatzinvesti-

weiter auf Seite 3

Überblick

1 Thema des Monats:

Neugründungen in 2007 stark rückläufig

NRW: Investitionsschub von 1,9 Mrd. Euro durch Krankenhausbaupauschale erwartet

2 Kommentar:

Wahlen... stehen vor der Tür

Kleine Anfrage:

Betreibermodell für den mehrstreifigen Autobahnausbau (A-Modell)

Leserbrief

3 Forum Nord:

Interview

mit Dipl.-Ing. Hans-Ullrich Kammeyer, Präsident der Ingenieurkammer Niedersachsen (IngKN)

Sicherheit von Bauwerken steht im Vordergrund

Fortsetzung von Seite 1:

NRW: Investitionsschub von 1,9 Mrd. Euro durch Krankenhausbaupauschale erwartet

4 Trends und Märkte:

Ausbildungsstart 2007

Öffentliche Bauausgaben gestiegen

Kurz notiert

Ifo aktuell

Impressum



Kommentar:

Wahlen... stehen vor der Tür

(brb).-Keine Frage, Wahlen bleiben trotz aller demoskopischer Vorhersagen eine Angelegenheit mit ungewissem Ausgang. Die bevorstehende Landtagswahl in Niedersachsen macht da keine Ausnahme. Erst am Abend des 27. Januar wird sich zeigen, ob Ministerpräsident Christian Wulff und seine CDU zusammen mit den Freien Demokraten werden weiterregieren können. Obgleich der Regierungschef nicht mehr der jugendliche Held von ehemals ist, sind seine Chancen wohl schon deshalb gut, weil ihm die SPD mit dem einstigen Umweltminister Wolfgang Jüttner nicht gerade einen mitreißenden Feuerkopf entgegengestellt hat. Doch warten wir es einfach ab.

Im Wahlkampf stehen die Spitzenkandidaten im Vordergrund der Werbung, und mit dem Abschluss der Wahlparteitage sind die oftmals erst nach heftiger Diskussion beschlossenen Wahlprogramme eigentlich bereits wieder Makulatur. Die Programmdebatten dienen schließlich eher der rechtzeitigen Motivierung des eigenen Anhangs als der Suche nach Lösungen für die Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben. Klar, PR, wie Propaganda heutzutage heißt, hat eigene, inzwischen nahezu verinnerlichte Gesetze für Wahlkämpfe geschaffen, die zu beachten sind. Aber es gibt nach wie vor jede Menge Leute, die sich nicht im Geringsten für Krawatte und Frisur eines von den Plakaten unverbindlich lächelnden Regierungschefs oder seines Herausforderers interessieren. Und wie will man die gewinnen?

Diese Leute wüssten etwa ganz gern, warum sich der Ministerpräsident, im Bündnis übrigens mit einem ebenfalls im Wahlkampf stehenden Amtskollegen, vehement Berliner Mindestlohnbeschlüssen widersetzt, aber gleichsam über Nacht eine Kehrtwendung vollzieht. Stellt sich einem da nicht die Frage nach der Verlässlichkeit von Politikern? Die Haushaltssanierung, eine zweifellos unumgängliche Angelegenheit, führt zu einer ähnlichen Frage: Wie glaubwürdig ist Politik überhaupt, wenn sie sich der rigorosen Ausgabenverringerung zum zwingend notwendigen Abbau der Neuverschuldung rühmt und zugleich verschweigt, dass nicht ein abscheulicher Gottseibeius, sondern sie selber mit volksbeglückenden Konsumausgaben das Schuldengebirge bedenkenlos aufgehäuft hat? Als die Spendierhose das anscheinend wichtigste Kleidungsstück für Politiker war, scherte sich kaum einer von ihnen um Neuverschuldung und Schuldendienst. Als es schließlich nicht mehr anders ging, strichen die Politiker lieber bei den nachhaltigen Investitionsausgaben als bei den netten Konsumausgaben. Die verkommenen Landesstraßen beispielsweise zeigen jedermann die Bremsspuren einer verfehlten Investitionspolitik, die das Kürzel PPP nicht zu kennen scheint. Nicht nur die Frage nach der Verlässlichkeit und Glaubwürdigkeit von Politik, auch die nach ihrer nachgerade sträflichen Kurzsichtigkeit sollte nicht überhört und einfach abgetan werden.

Kleine Anfrage: Betreibermodell für den mehrstreifigen Autobahnausbau (A-Modell)

(brb).-Die Bundesregierung stuft Betreibermodelle für den mehrstreifigen Autobahnausbau (A-Modell) grundsätzlich als wirtschaftlich attraktiver ein als Betreibermodelle nach dem Fernstraßenbauprivatfinanzierungsgesetz (F-Modelle). Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum „Betreibermodell für den mehrstreifigen Autobahnausbau – A-Modell“ hervor. Bei den A-Modellen handele es sich um sog. brownfield Projekte, d.h. Projekte zur Erweiterung bestehender Strecken. Im Gegensatz zum F-Modell (sog. greenfield Projekte) seien für A-Modell-Strecken daher bereits Verkehrszahlen verfügbar, so dass die Verkehrsprognosen belastbarer seien, als dies bei Neubaumaßnahmen der Fall sein könne.

Die Bundesregierung gibt in ihrer Antwort auf die kleine Anfrage das Konzessionsvolumen bei Vertragsabschluss für die Strecke A 8 Augsburg – München mit 730 Millionen Euro an. Den Wirtschaftlichkeitsvorteil gegenüber dem herkömmlichen Verfahren schätzt sie im Basisfall auf 10,02 Prozent. Die Baukosten für den sechsstreifigen Ausbau hätten nach Meinung der Bundesregierung rund 200 Millionen Euro (netto), die Betriebsdienstkosten 57 Millionen Euro (netto) betragen. Für die A 1 liegen noch keine entsprechenden Zahlen vor. Die beiden noch im Rennen befindlichen Bieterkonsortien werden demnächst ihre abschließenden Angebote unterbreiten.

Leserbrief

(brb).-Als mehrjähriger Leser des „brb“ verfolge ich insbesondere die aktuelle Entwicklung der Auftragslage. In Ihrer Ausgabe 09/07 begrüßen Sie – mit Ausnahme des Straßenbaues – die positive Entwicklung der Vergabesituation in Niedersachsen. Dieser Trend scheint am Süden Niedersachsens großlos vorbeizugehen.

Aus eigener Anschauung kann ich die geschilderte Entwicklung in keiner Weise bestätigen, zumindest was den südniedersächsischen Bereich betrifft. In den Landkreisen Göttingen, Northeim und Osterode werden – im Vergleich zu den Vorjahren – zurzeit viel zu wenig öffentliche Projekte im Straßen- und Tiefbau ausgeschrieben. Da anhand des zur Grundlage gemachten Material des Landesamtes für Statistik für Niedersachsen insgesamt ein Zuwachs zu verzeichnen ist, gibt es offensichtlich ein starkes Nord-Süd-Gefälle.

In dieser Beurteilung der Lage herrscht auch mit mehreren Berufskollegen völlige Einigkeit. Besonders belastend erweist sich der Ausschreibungs- und somit auch Auftragseinbruch im Bereich der kommunalen Gebietskörperschaften und deren Eigenbetriebe.

Die aus anderen Industrie- und Wirtschaftszweigen sicher gestiegenen Gewerbesteuern scheinen vorrangig zur Sanierung kommunaler Haushalte und für Bildungsprojekte verwendet zu werden, nicht jedoch für die dringend gebotene Erhaltung und Erneuerung der Infrastruktur. Ich möchte daher dringend daran erinnern, dass Straßen- und Tiefbauunternehmen langfristig und mehrheitlich von einem stabilen und einschätzbaren Vergabeverhalten abhängig sind.

Will man regionale Arbeitsplätze erhalten und Gewerbesteuer(mehr)einnahmen auch von Baubetrieben erzielen, so muss hier noch vor dem Winter umgehend nachgelegt werden.

Lothar Hildebrand, Bauunternehmung Herbst & Partner GmbH & Co. KG, Northeim



Forum Nord

(brb).-Im Gespräch mit Dipl.-Ing. Hans-Ullrich Kammeyer, Präsident der Ingenieurkammer Niedersachsen (IngKN), Hannover

Sicherheit von Bauwerken steht im Vordergrund

Baurundblick: Der Niedersächsische Landtag hat vor kurzem eine Novelle des Niedersächsischen Architekten- und des Niedersächsischen Ingenieurgesetzes verabschiedet. In die Liste der Entwurfsverfasser, die bei der Kammer geführt wird, werden zukünftig nur Ingenieure eingetragen, die sich in den beiden Jahren vor der Antragstellung im Bereich der Objektplanung von Gebäuden betätigt haben. Diese Regelung geht auf Ihre Initiative zurück.

Welche Ziele verfolgen Sie mit dieser Änderung?

Hans-Ullrich Kammeyer:

Diese Regelung stärkt unsere oberste Berufsmaxime: Wir wollen die Sicherheit von Bauwerken und baulichen Anlagen gewähren und fachlich sorgfältige Planung durch Ingenieure sicherstellen. Im verantwortungsvollen Umgang mit der Sicherheit unserer Gebäude ist für Ingenieurinnen und Ingenieure wichtig, die Anforderungen an die ständig steigenden Standards bei Entwurf und Ausführung von baulichen Anlagen auch unter den höchst möglichen Sicherheitsaspekten zu erfüllen. Unsere Forderungen, dass diese Berufserfahrungen auch zeitgemäß sind, also aktuell den Wissens- und Sachstandards entsprechen, setzt die neue Regelung um. Wer sich in diesem Bereich bewegt, weist sich als fachlich qualifiziert aus. Mit der neuen Regelung schaffen wir auch größere Chancen auf gegenseitige Anerkennung unter den Bundesländern.

Baurundblick: Was ändert sich noch für die niedersächsischen Ingenieure?

Hans-Ullrich Kammeyer: Die Eintragung in die Liste der Beratenden Ingenieure kann für Ingenieure bereits nach dreijähriger berufspraktischer Tätigkeit erfolgen, wenn zusätzlich mindestens vier eintägige Fortbildungsveranstaltungen besucht wurden.



Wird diese Berufsbezeichnung im Namen oder der Firma einer Partnerschaftsgesellschaft oder GmbH geführt, so muss die Gesellschaft in die Liste der Gesellschaften Beratender Ingenieure eingetragen sein. In der jetzt ausschließlich bei der IngKN geführten Liste der Tragwerksplaner werden künftig neben den Bauingenieuren auch die Architekten geführt. Und wir haben zum Schutz der Berufsbezeichnung „Stadtplaner“ nun auch in Niedersachsen die Stadtplanerliste, die die Architektenkammer Niedersachsen führt.

Baurundblick: Durch eine gesetzliche Änderung zu Beginn des Jahres 2006 ist in Niedersachsen die haushaltsrechtliche Bindung derjenigen Kommunen, die die so genannte Doppik eingeführt haben, an die Vergabeordnung für Bauleistungen (VOB/A) entfallen. Sollte das bis Ende 2008 befristete Landesvergabegesetz, das ebenfalls eine Bindung an die VOB/A vorsieht, nicht verlängert werden, stünde es im alleinigen Ermessen der betroffenen Kommunen, ob sie die VOB/A anwenden oder nicht.

Wie beurteilen Sie diese Entwicklung?

Hans-Ullrich Kammeyer: Generell ist es sinnvoll, über den Wegfall von Vorschriften nachzudenken. Das Abschaffen der VOB aber würde letztlich zu einem rechtsfreien Raum führen und der Willkür Vorschub leisten. Wir unterstützen die Bemühungen um den Erhalt der Anwendbarkeit der VOB/A mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln.

Baurundblick: Nach dem Einsturz der Eissporthalle in Bad Reichenhall hat die Ingenieurkammer Niedersachsen gemeinsam mit dem Bauindustrieverband Niedersachsen-Bremen eine Initiative gegenüber der niedersächsischen Sozialministerin gestartet mit dem Ziel, die Lebensdauer von Gebäuden und deren kritische Teile besser unter die Lupe zu nehmen. Schon bereits bei der Planung sollten Bauteile bezeichnet werden, die der Bauherr im Interesse der Lebensdauer des Bauwerkes in bestimmten Zeitabständen überprüfen sollte.

Wie beurteilen Sie das Ergebnis Ihrer Initiative?

Hans-Ullrich Kammeyer: Wir haben die wiederkehrenden Bauwerksprüfungen auf allen Arbeitsebenen thematisiert, vor allem Fragestellungen zur Feststellung von Schäden. Daraus Hilfestellungen zu formulieren, war das Ziel. In der praktischen Umsetzung wird sich zeigen, ob Eigentümer ihrer Verantwortung gerecht werden, die entsprechenden Überprüfungen ordnungsgemäß erfüllt und vor allem regelmäßig durchgeführt werden. Das bedeutet zusätzlichen zeitlichen und ökonomischen Aufwand. Die Hinweise haben Empfehlungscharakter; sie sind nicht gesetzlich verpflichtend. Unsere Vorstellung ging dahin, es unter dem Aspekt höchstmöglicher Sicherheit nicht allein bei der Eigenverantwortung zu belassen, sondern eine bauaufsichtliche Kontrolle zu erwirken, die ein festgelegtes Prüfverfahren vorschreibt.

Fortsetzung von Seite 1:

NRW:

Investitionsschub von 1,9 Mrd. Euro durch Krankenhausbaupauschale erwartet

tionen tätigen oder größere Anbauten mit der Pauschale finanzieren wollen.

Das komplizierte und intransparente System der Antragsverfahren, das u.a. die Einbindung von Fördermitteln in PPP-Projekte erschwerte, entfällt völlig. Damit ist der Vorschlag, den die Arbeitsgruppe Gesundheit für das PPP-Vereinfachungsgesetz vorgesehen hat und der eine Umstellung der Krankenhausfinanzierung auf Pauschalen vorsieht, in NRW umgesetzt worden.

Das Land Nordrhein-Westfalen hatte bereits im Jahr 2002 entsprechende Baupauschalen für den Schulbau, den Sportstättenbau und für Feuerwehren eingeführt, die dazu beigetragen haben, dass sich PPP-Modelle im Schulbau etabliert haben. Es verspricht sich deshalb auch von der Einführung der Krankenhausbaupauschale den verstärkten Einsatz von PPP-Modellen im Krankenhausbau.

Der Bauindustrieverband Niedersachsen-Bremen vertritt gegenüber der Politik in Niedersachsen und Bremen die Forderung, dem Beispiel NRW zu folgen, um so eine verstärkte Nutzung von PPP im Krankenhausbereich zu erreichen.





Trends und Märkte

Ausbildungsstart 2007

(brb).-Bauausbildung ist Zukunft! Dies haben wieder deutlich mehr Auszubildende und Ausbildungsbetriebe erkannt. So konnten beispielsweise in Bremen bei der zum zweiten Mal durchgeführten Start-Veranstaltung zum neuen Ausbildungsjahrgang 15 Prozent mehr Lehrlinge in Industrie und Handwerk als vor einem Jahr, begrüßt werden.

Auch die Anmeldezahlen in den beiden großen überbetrieblichen Bildungsstätten der Bauwirtschaft in Mellendorf und Bad Zwischenahn sind merklich gestiegen.

Die Veranstaltung in Bremen ist nicht nur ein Symbol für das gestiegene Ausbildungsinteresse. Sie ist auch ein Symbol dafür, dass durch enge Zusammenarbeit von Industrie und Handwerk ein Mehrwert des Interesses an Baubildung entsteht. Die neue Bildungssenatorin Renate Jürgens-Pieper kam extra ins Bildungszentrum der Handwerkskammer Bremen, um diese positive Zusammenarbeit von Industrie und Handwerk bei ihrer Ausbildungsaufgabe herauszustellen. Die konzeptionell identische Ausbildung in den wichtigsten Bauberufen findet seit 2 Jahren sowohl in Bremen (getragen vom Handwerk) als auch in Bad Zwischenahn (getragen von der Bauindustrie) für alle Lehrlinge gemeinsam statt. Das Aufteilungskriterium ist nicht mehr die Herkunft, sondern die optimalen fachlichen Betreuungsmöglichkeiten der einzelnen Bildungsstätten.



Öffentliche Bauausgaben gestiegen

(brb).-Bund, Länder und Gemeinden haben im ersten Quartal dieses Jahres 3.863 Millionen Euro für Baumaßnahmen ausgegeben; das sind 14,4 Prozent mehr als im vergleichbaren Vorjahresquartal. Bereits im vierten Quartal 2006 deutete sich mit einem Anstieg von 4,0 Prozent eine Trendwende an.

Die positive Entwicklung ist überwiegend auf die bessere finanzielle Lage der Kom-

munen zurückzuführen. Aufgrund der gestiegenen Gewerbesteuererinnahmen konnten die Kommunen wieder verstärkt in die Infrastruktur investieren. Aber auch Bund und Länder haben im ersten Quartal 2007 mehr für Baumaßnahmen ausgegeben als im Vorjahresquartal. Aber auch der vergangene milde Winter wird Einfluss auf den Anstieg der Bautätigkeit gehabt haben.

ifo aktuell

August 2007: alte Bundesländer

- Die Testteilnehmer beurteilen die aktuelle Geschäftslage und die Erwartungen für die nächsten 6 Monate etwas ungünstiger als im Vormonat.
- Der Anteil der Firmen mit nichtkostendeckenden Preisen lag im August 07 bei 32 Prozent (August 06: 29 Prozent).
- Die Reichweite der Auftragsbestände stieg im August 07 auf 2,9 Monate nach 2,8 Monate im Juli 07 (August 06: 2,9).
- 12 Prozent der Firmen planen, in den nächsten 3 Monaten Arbeitsplätze abzubauen. Im Vorjahresmonat waren es 13 Prozent.

August 2007: neue Bundesländer

- Die aktuelle Geschäftslage und die Erwartungen für die nächsten 6 Monate wurden im August gegenüber Juli skeptischer beurteilt.
- Nichtkostendeckende Preise haben im August 07 29 Prozent der Firmen gemeldet (August 06: 30 Prozent).
- Die Reichweite der Auftragsbestände betrug im August 07 2,2 Monate (Juli 07: 2,3/August 07: 2,3).
- 12 Prozent der Firmen planen in den nächsten 3 Monaten einen Stellenabbau (August 06: 10 Prozent).

Kurz notiert

(brb).-Im 2. Quartal 2007 wurden in den alten Bundesländern 424 Insolvenzen im Bauhauptgewerbe registriert. Das waren 13,5 Prozent weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

In den neuen Bundesländern betrug die Zahl der Insolvenzen im 2. Quartal 2007 im Bauhauptgewerbe 189. Das entspricht einem Rückgang von 28,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum.

(brb).-Der Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe betrug im 2. Quartal 2007 in den alten Bundesländern bei Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten 16,9 Milliarden Euro. Das entsprach einem Rückgang von real 1,2 Prozent zum Vorjahresquartal.

In den neuen Bundesländern betrug der Auftragsbestand bei Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten im 2. Quartal 2007 4,7 Milliarden Euro und lag damit real um 1,4 Prozent unter dem Stand des Vorjahres.

(brb).-Im Juni 2007 sank die Zahl der genehmigten Wohnungen in den alten Bundesländern im Vorjahresvergleich um 19,0 Prozent.

Die Baugenehmigungen für Wirtschaftsgebäude (cbm) stiegen um 16,9 Prozent an. Dagegen sanken die für öffentliche Gebäude (in cbm) um 19,2 Prozent.

In den neuen Bundesländern sank die Zahl der genehmigten Wohnungen im Juni 2007 im Vergleich zum Vorjahr um 20,4 Prozent.

Die Baugenehmigungen für Wirtschaftsgebäude (in cbm) erhöhten sich um 23,0 Prozent, die für öffentliche Gebäude (in cbm) sanken um 7,7 Prozent.

Impressum

Druckerei Gebrüder Höltje GmbH
Escherstraße 22, 30159 Hannover
Telefon (05 11) 70 08 60
Telefax (05 11) 7 00 86 86
ISDN (05 11) 7 00 86 71
Norddeutsche Landesbank
Girozentrale
Konto 101020 964, BLZ 250 500 00

Sparkasse Hannover
Konto 547 646, BLZ 250 501 80
Verantwortlich: Dr. Hans-Peter Sattler

Nachdruck, auch auszugsweise
gestattet. Quellenangabe und
Belegexemplare erbeten.